

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **35 (1945)**

Heft 48: **Kunst und Künstler in Thun**

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische oder Elektrizitäts-Interessen?

-an- Im Hinblick auf die kommenden Wahlen in Kanton und Eidgenossenschaft fängt man früh an, das Volk zu bearbeiten, indem man ihm die Schwärze von Leuten vormalt, welche man gern stürzen möchte. Der «Landesring der Unabhängigen» ist zuerst angetreten, und zwar schon im vergangenen Sommer. Es gilt, im Kanton Bern das Terrain zu halten oder zu verbreitern. Jemand muss natürlich dabei der Verlierende sein — die Freisinnigen, die Sozialisten oder die Bauernpartei. Die Frage ist nur, wem man was anhängen könne.

Das «gefundene Fressen» für die Duttweilerleute findet sich droben im Simmental. Einige in einer Genossenschaft vereinigte Gemeinden wollen das «Stockenseeprojekt» verwirklichen und bauen angeblich bis zur heutigen Stunde sachte weiter, bevor sie nur ein richtiges Projekt ausgearbeitet und ein Konzessionsgesuch vorgelegt haben, auf welches die bernische Regierung eintreten könnte, um es zu genehmigen oder zu verkaufen. Dagegen traten die «Bernischen Kraftwerke», die zu 90% dem Kanton gehören, mit einem Konzessionsgesuch auf den Plan, um die Simmentaler Wasserkräfte, die des Stockensees eingeschlossen, auszuwerten. Die Leute um das Stockenseeprojekt, der vom Bannalpwerk her bekannte Ingenieur Flury, und hinter ihnen die «Unabhängigen», die das Geld haben, werfen nun der Berner Regierung, speziell dem Baudirektor Grimm, vor, sie hätten «sich selber konzessionieren» wollen, da fünf von den neun Regierungsräten im Verwaltungsrat der BKW sässen. *Vor Bundesgericht läuft ein Handel*, welcher die zwischen dem Stockensee-Konsortium und den BKW bestehenden Differenzen entscheiden sollte. «Eine Kette von Rechtsbrüchen und Willkürakten», «planwirtschaftliche Besessenheit des Baudirektors Grimm», «Befangenheit der Berner Regierung» (weil eben 5 von 9 Herren in den konzessionsuchenden BKW-Verwaltungsrat sitzen) — das sind die neuerdings durch Inserate im Volke verbreiteten Vorwürfe. Sie werden übrigens im Tone des Triumphes vorgetragen, weil am 7. November die BKW ihr Konzessionsgesuch zurückzogen.

Und das Volk soll nicht merken, dass die «Unabhängigen» ganz einfach mit ihrem Feldzug um Ueberläufer aus jenen Parteien werben, deren Regierungsräte in der BKW-Behörde sitzen. Dass die Regierung in einem Werke, das fast ganz dem Staate gehört, vertreten sein müssen, und zwar entscheidend, wird wohl das Volk vergessen, wenn man ihm die nötige Wut über den «Elektrizitäts-trust» einbläst...

Warum schlagen die Duttweilerleute nicht eine schweizerische Netzgenossenschaft vor, in welche sich jedes neue «unabhängige Werk» einkaufen müsste, um überallhin mit Aussicht auf Rendite liefern zu können (statt nur zu lächerlichen Ueberschusspreisen an die «Sammelschiene»?). Das wäre etwas, das den Stockenseeleuten den Weg weiter zeigte. Aber eben, wenn man ans politische Fischen, statt wirklich an eine «freie Konkurrenz» in der Elektrowirtschaft denkt, tauchen als Ideen nur «feindliche Angriffsflächen» und nicht etwa förderliche wirtschaftliche Wege auf...

Im europäischen „Hexenkessel“

Früher bezeichnete man den Balkan als den Hexenkessel, in welchem alles Unheil unseres Kontinents ausgekocht würde. Heute stehen die Dinge so, dass die Russen — so wenigstens sollen wir das nach dem Willen einer zielsicheren Propaganda sehen — uns «Westliche» von die-

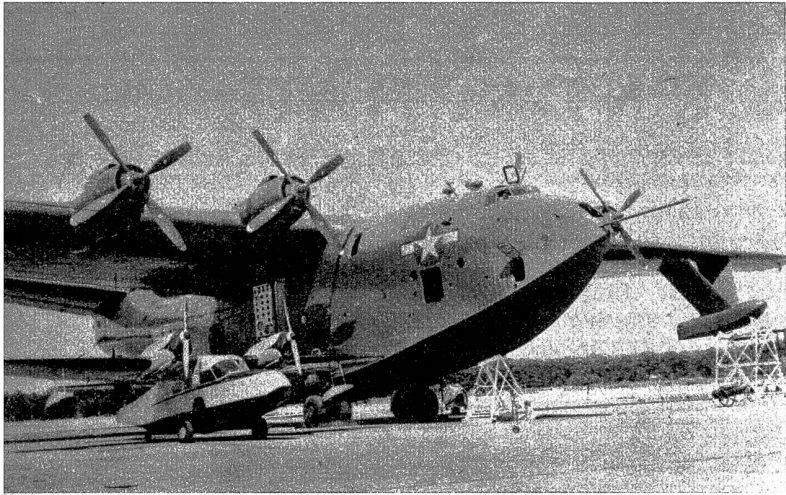
sem alten Unruheherd abgeschnitten haben. Gleich als ob wir ihn nicht oder kaum mehr nötig hätten, da wir ja nun unsere eigenen brodelnden Zentren zwischenstaatlicher und sozialer Konflikte besässen. Oder wäre es am Ende so, dass in Jugoslawien die gefürchteten «Titowahlen», an welche die Engländer zahlreiche Journalisten als Beobachter abordneten, höchst anständig verliefen? Eine hochgestellte schweizerische Persönlichkeit, die sich in Belgrad gut auskennt, behauptete einige Zeit vor diesen Wahlen, es gebe nicht mehr als 20 Prozent Titoanhänger im Lande. Hat sich in wenigen Monaten die Sache so sehr geändert? Sind es 70 bis 90 Prozent der Stimmberechtigten (unter Verweigerung des Stimmrechts an die Kollaborationisten), welche wählten, und haben davon drei Viertel für Tito gestimmt? Befolgt die Opposition Anhänger die Parole der Wahlenthaltung so schlecht, dass man auf jene 90 Prozent von Stimmenden kam? Die Engländer sagen Ja, und eine merkliche Spannungsverminderung herrscht im Moment zwischen Belgrad und den westlichen Hauptstädten; diese Entspannung ist um so wirksamer, als der Eindruck aus Ungarn mitwirkt. Dort haben die «Kleinlandwirte», die anti-kommunistisch eingestellt sind, die Bildung einer Koalitionsregierung übernommen, in welcher die Kommunisten zwar nicht das fünfte, aber immerhin nur eines von den normalen Rädern sind.

Und nun kommen die Wahlen in Oesterreich, die ja in einem sehr wichtigen Sektor ebenfalls unter russischer Kontrolle stattfanden. Es gab aber auch hier nichts, was auf einen mächtigen Russendruck zugunsten der Kommunisten schliessen liesse. In Wien stehen 540 000 Stimmen der Sozialdemokraten und 310 000 der Christlichsozialen (sie nennen sich nun «Volkspartei»), ganze 75 000 Kommunisten gegenüber. Natürlich stehen neben den Russen auch Truppen der andern Mächte in Wien, und die paritätische Kontrolle der Hauptstadt mag zur Minderung des einseitigen Druckes beigetragen haben. Die Resultate im gesamten Oesterreich verraten jedoch ein entsprechendes Bild wie Wien: Kein Anschwellen der Kommunistenstimmen in rein russisch besetzten Gebieten. Nicht in Niederösterreich, nicht im Burgenland und in Oberösterreich nördlich der Donau, das heisst in den dichtestbevölkerten Ländern. Von rund 1,6 Millionen Wählern stehen mehr als die Hälfte, 0,89 Millionen, auf der Seite der «Volkspartei», 0,72 Millionen auf der sozialistischen und nur 0,08 Millionen auf kommunistischer Seite. Es bestätigt sich, was schon lange gesagt wurde: Die Russen kümmern sich weniger um die politische «Umerziehung», als um die Einbringung möglichst umfangreicher wirtschaftlicher Beute, die sie benötigen, und dann mag aus den «kapitalistischen Ländern» werden, was will, womöglich ein

Gebiet sozialer Problematik,

in welchem später Ergebnisse zu erzielen sind, zu einer Zeit, da die «Armen» sich wieder einer konsolidierten «Ausbeuterschicht» gegenüber sehen. Vorderhand arbeitet man nirgends auf einen offenen Bruch mit den Resten dieser Oberschicht hin, die im Westen ihre Stützen zu finden sucht, und mit den Katholiken, hinter welchen die Weltmacht des Vatikans steht.

Auch in Italien ist bisher von den Kommunisten, die hier viel mächtiger sind als in Oesterreich, keine auf den Bruch zielende Politik getrieben worden. Togliatti, der Führer, der von Moskau zurückkam, unterstützte die Regierung Parri ebenso, wie es die Sozialisten tun, und beide Parteien bildeten das Rückgrat des nord- und mittelitalie-



Die Glenn-Martin-Flugzeugwerke in Baltimore sind in der Lage, der Schweiz für den internationalen und transkontinentalen Warenverkehr die für den Zivilluftverkehr umgebauten, im Kriege vielfach als Lufttransporter bewährten Mars-Riesenflugboote zur Verfügung zu stellen. Ein Mars-Linienflugzeug vermag eine Nutzlast von 20 Tonnen an irgendeinen Bestimmungsort der Erde innert maximal drei Tagen zu befördern. Dabei kann der «Mars»-Hydroplan auf jedem See landen, der 2 km lang ist. Die Geschwindigkeit beträgt 325 km pro Stunde. (ATP.)



Das U. S. Army Signal-Corps hat, einer Einladung der Kriegstechnischen Abteilung des Eidg. Militärdepartementes Folge gebend, ein Detachement in die Schweiz abgeordnet, welches den interessierten militärischen Stellen amerikanische Funkgeräte, Bildübertrager und Minensucher praktisch vordemonstrierte und auch theoretisch erläuterte. Auf unserm Bilde führt der amerikanische Oberst Burrus (links aussen) das kleine amerikanische Wunder-Funkgerät «Handie-Talkie» vor. Neben ihm erkennen wir Oberstbrigadier v. Wattenwyl, Oberst Müller, Chief Signal Officer des amerikanischen Hauptquartiers in Paris, Oberst Leutwyler von der KTA und Oberstdivisionär Hilfiker. (ATP.)



Die Schweiz. Bundesbahnen haben eine internationale Fahrplankonferenz nach Lugano einberufen, an welcher auch die Wagenbeistellung geregelt worden ist. Nebst den alliierten Militärkommandos in Europa waren sämtliche europäischen Nationen vertreten. Unser Bild zeigt stehend (links) Major Duthie (USA) und Major Delmas vom all. Hauptquartier in Oesterreich; sitzend Dir. Ballinari (SBB-Transportdienst), Oberstlt. Worthington (England), und Major Berridge (England). (ATP.)

nischen Befreiungskomitees, zusammen mit der linksbürgerlichen «Aktionspartei», deren Chef Parri eben vor fünf Monaten die neue Regierung bildete. Es machte den Anschein, als ob die drei Linksparteien im Bunde mit den Liberalen und den «christlichen Demokraten» — derselben Partei, die nun in Oesterreich die Mehrheit gewonnen, einmütig an der Wiederaufrichtung des Landes arbeiten wollten, unter Zurückstellung aller nur parteipolitischen Bestrebungen.

Der Fehdehandschuh, der die nunmehr ausgebrochene Regierungskrise auslöste, die zunächst mit Parris Rücktritt endete, flog nicht von links, sondern von rechts her in die Arena. Die «Liberalen» (die diesen Namen nicht in unserem Sinne tragen), zogen ihre Minister aus dem Kabinett zurück. Darauf gingen auch die christlichen Demokraten zur Opposition über. Die Kommunisten und der Führer der sozialistischen Parteilinken, Pietro Nenni, hatten natürlich allerlei unternommen, was den Zorn der Rechtsgruppen erregte. Vor allem steigerten ihre Forderungen nach konsequenterer Säuberung der Verwaltung von faschistischen und vor allem neofaschistischen Elementen das

Missbehagen bei den Liberalen, die mehr und mehr zu den Vertretern der übriggebliebenen Besitzenden, der Monarchisten und der zahlreichen einstigen Mitgänger Mussolinis wurden. Dass man ihnen dies vorwarf, erweiterte die Kluft erheblich. Nicht klar ist jedoch der Rücktritt der katholischen Mittelpartei, eben der christlichen Demokraten. Es ist davon gesprochen worden, dass die so jämmerlich aus Russland zurückgekehrten Reste der italienischen Kriegsgefangenen eine unfreiwillige, aber deshalb um so kräftigere Propaganda gegen die Russen entfaltet hätten, besonders bei den Empfängern im Vatikan. Das Bild, vor welches das italienische Volk da gestellt wird, ist grauhaft und wäre, wenn es stimmen sollte, dazu angetan, einen besondern Prozess aufzuziehen, sowohl gegen die direkt Verantwortlichen wie gegen ihre Auftraggeber. Es ist sehr wohl möglich, dass von katholischer Seite auch ein solcher, zwar inoffizieller, aber dennoch zweckbewusster Prozess aufgezogen werden soll, um die rote Linke beim Volke gründlich zu disqualifizieren. Womöglich übt das, was heute unter der Hand herumgeboten wird, eine entscheidende Wirkung bereits auf die vom «Generalstatthalter» Umberto neu zu berufende Regierung aus.

Parris Idee war nicht eine Schmälerung, sondern eine Verbreiterung der Kabinettsbasis. Die Opponenten aber streben nach einer entschieden rechts gerichteten, wobei sie den Schwerpunkt bilden möchten. Also eine liberal-katholische Allianz, die sich auf alle rechtsstehenden und neu zu mobilisierenden Kräfte stützen würde. Was dabei aus den bisherigen Linksforderungen, die wie anderswo auf Sozialisierung der wichtigsten Industrien gehen, werden soll, und wohin die Arbeitermassen getrieben werden, das ist die tragische Frage.

Es passieren gegenwärtig in Europa noch andere Dinge, die allenthalben, und zweifellos auch in Italien, die Anhänger des Moskauerkurses aufs schwerste diskreditieren. Man denke etwa an die Ereignisse in Schweden, wo sich sämtliche bürgerliche Kreise gegen die «Heimschaffung» von baltischen «Faschisten», die auf deutscher Seite am Kriege gegen die Russen teilnahmen, zur Wehr setzen, moralisch unterstützt durch den Hungerstreik der Balten. Bei Trälleborg steht ein Transport von 160 Leuten, die durchaus nicht «heim» wollen, weil sie fürchten, nicht als Kriegsgefangene, sondern als Rebellen «russisch behandelt» zu werden. Die Regierung Hansson und mit ihr die ganze

Sozialdemokratie werden sich schwersten moralischen Schaden zuziehen, wenn sie diese Balten heimschaffen — besonders dann, wenn es später wirklich so herauskommt, wie man rechts befürchtet: Dass die Sowjetgerichte sich gründlich an den Heimgeschafften rächen.

Haben vielleicht die französischen Kommunisten begriffen, dass

eine gradlinig französische Politik

auch für sie wichtiger sein wird als alle Sympathien, welche sie mit dem Kreml verbinden? Es scheint so, denn sie haben — französisch geschmeidig offenbar — die *Anstrengungen der beiden andern Mehrheitsparteien zur Rettung der Linkskoalition und der Führerstellung de Gaulles* nicht zuschanden werden lassen. Léon Blum und die Sozialisten sind das unheilvolle Dilemma los, sich in der Regierung entweder mit den Kommunisten gegen die MRP — abermals eine «christliche Demokratenpartei», nur mehr linksstehend — wenden zu müssen, oder aber mit dieser gegen die Kommunisten. Die MRP kann sich ebenfalls gratulieren, da sie nicht mit de Gaulle zusammen aus der Regierung geworfen worden. Nach beidseitigen Konzessionen hat nun das neue provisorische Kabinett, in welchem fünf Kommunisten sitzen, seinen Weg angetreten.

Die Kommunisten verwalten das *Wirtschaftsministerium* und im Sektor Landesverteidigung das *Rüstungsministerium*, das aber mit dem Regierungschef als dem Verwalter des Kriegsministeriums zusammenarbeiten muss, ferner das *Arbeitsministerium*. Im Hinblick auf die zentralen Punkte des Regierungsprogramms stehen sie in den eigentlichen Schlüsselstellungen der Sozial- und Wirtschaftspolitik!

Denn Traktandum Nr. 1 für sie und die Sozialisten ist die *Verstaatlichung des Bankwesens, der Schlüsselindustrien, Kohlen- und Elektrowirtschaft, der Wasserwege und Bahnen*.

Von de Gaulle weiss man aus der Zeit des Kampfes gegen die Invasion, dass er aus Gründen einer gesicherten Verteidigung geradezu die *Verstaatlichung dieser Wirtschaftszweige forderte* — also aus wesentlich andern Gründen als die Linkspolitiker! Der Blick auf Moskau und Berlin mag ihm gezeigt haben, was der Staat für seine Zwecke aus dem Finanzapparat und aus der Industrie herausholen kann, wenn sie ihm in ganz andern Umfange zur Verfügung stehen als unter «liberalistischem Regime». Damit versteht alle Welt, wo die Bindeglieder der Allianz de Gaulles mit der äussersten Linken liegen. Differenzen werden sich erst zeigen, wenn es sich um die Auslegung der Verstaatlichungszwecke handelt.

Aber vorderhand scheint eine der Zonen des europäischen Hexenkessels beruhigt zu sein. Die «Analyse» der seltsamen Parteiensynthese zwischen dem von rechts kommenden de Gaulle und der Linken, dem autoritären Aristokraten mit dem schöngeistigen Pazifisten Blum ebenso wie mit dem «Naturburschen» Thorez, der sich vom Bergarbeiter zum unverwüstlichen Chef der grössten Massenpartei links aufgeschwungen, kann sehr lange auf sich warten lassen, wenn die Partner der Koalition in echt französischer Klugheit und mit realpolitischem Sinne «für Frankreich zusammenhalten» wollen. Vielleicht lernen die Italiener von den Franzosen! Nur: Kann ein Signor Parri «Charakter und Willen à la de Gaulle» lernen?



Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess

Im Vordergrund die Verteidiger der Angeklagten, zum Teil in den roten Roben des deutschen Reichsgerichts. Dahinter in zwei Reihen, die 20 Angeklagten: *Erste Reihe* von links nach rechts: Goering, Hess, Ribbentrop, Keitel, Rosenberg, Frank, Frick, Streicher, Funk und Schacht. *Zweite Reihe*: Raeder, Baldur von Schirach, Sauckel, Jodl, v. Papen, Seyss-Inquart, Speer, v. Neurath und Fritsche. (Photopress.)

Rechts:

Unser Bild vermittelt einen ausgezeichneten Ueberblick über den vollen Gerichtssaal des Nürnberger Justizpalastes während des Kriegsverbrecherprozesses. In der Mitte, am Mikrophon, steht der jeweilige Sprecher, hier der französische Vertreter der Anklage, unmittelbar vor den Richtern. In seinem Rücken befinden sich die zahlreichen Journalisten und die zugelassenen Zuhörer. Rechts im Bild, teilweise die Kopfhörer benützend, erkennt man die Angeklagten, vor denen deren Verteidiger placiert sind. Die Würde eines Gerichtshofes ist beim ganzen Zeremoniell streng gewahrt. (ATP.)

